Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Bezirksversammlung

Hamburg, 26.11.2025

Arendt - Telefon: 428 01-2224
E-Mail: bezirksversammlung@eimsbuettel.hamburg.de

EINLADUNG

zur Sitzung des Ausschusses Mobilität

Termin:	**Mittwoch, 03.12.2025, 18:00 Uhr**
Raum, Ort:	**Ferdinand-Streb-Saal (Raum 1275), 12.Stock, Grindelberg 62-66, 20144 Hamburg**

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Allgemeine Geschäftsordnungsangelegenheiten / Festlegung der Stimmberechtigungen

2. Genehmigung der Niederschrift

3. Fragestunde im Ausschuss für Mobilität

4. Mitteilungen der/des Vorsitzenden

4.1. Abstellflächen für E-Scooter im öffentlichen Raum
Drs. 22-1468, Beschluss der BV vom 25.09.2025
Drucksache: 22-1567

5. Mitteilungen der Verwaltung

6. Anträge

6.1. Parkausweise für Handwerksbetriebe, Sanitätshäuser und Pflegedienste
Drucksache: 22-1009

6.2. Besseres Miteinander von Rad- und Fußverkehr an der Hoheluftbrücke
Drucksache: 22-1138

6.2.1. Besseres Miteinander von Rad- und Fußverkehr an der Hoheluftbrücke
Änderungsantrag zu Drs. 22-1138
Drucksache: 22-1221

6.2.2. Besseres Miteinander von Rad- und Fußverkehr an der Hoheluftbrücke
Änderungsantrag zu Drs. 22-1138
Drucksache: 22-1392

6.3. Verkehrssicherheit am Knotenpunkt Dammtor verbessern
Drucksache: 22-1385

6.4. Rollstuhlsymbole an Ampeln im öffentlichen Raum Eimsbüttels
Drucksache: 22-1409

6.5. Zulassung des Verkehrszeichens „Bei Rot hier halten“ auch außerhalb von Baustellen – insbesondere an sicherheitsrelevanten Knotenpunkten
Drucksache: 22-1410

6.6. Polizeiliche Verkehrserziehung durch ehrenamtliche Hilfskräfte unterstützen
Drucksache: 22-1489

7. Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil:

8. Allgemeine Geschäftsordnungsangelegenheiten / Festlegung der Stimmberechtigungen (nichtöffentlicher Teil)

9. Genehmigung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil)

10. Mitteilungen der/des Vorsitzenden (nichtöffentlicher Teil)

11. Mitteilungen der Verwaltung (nichtöffentlicher Teil)

12. Anträge (nichtöffentlicher Teil)

13. Verschiedenes (nichtöffentlicher Teil)

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Bezirksversammlung

- öffentlich -

Mitteilungsvorlage der/des Vorsitzenden	Drucksachen–Nr.: **22-1567** Datum: 05.11.2025

Beratungsfolge			
	Gremium		**Datum**
	Bezirksversammlung	Kenntnisnahme	27.11.2025
	Mobilität	Kenntnisnahme	03.12.2025

Abstellflächen für E-Scooter im öffentlichen Raum
Drs. 22-1468, Beschluss der BV vom 25.09.2025

Sachverhalt:
Stellungnahme der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (BVM):

Die BVM begrüßt den Beschluss der Bezirksversammlung, dem verkehrswidrigen Abstellen von E-Scootern im Bezirk Eimsbüttel entgegenzuwirken. Die Einrichtung von festen Abstellflächen für E-Scooter kann, vor allem in Verbindung mit Parkverbotszonen, in sensiblen Bereichen zu einer Entlastung der dortigen Gehwege beitragen, das Stadtbild verbessern und die Sicherheit für Fußgänger:innen erhöhen.

Die BVM empfiehlt die Einrichtung von Abstellflächen für Scooter insbesondere an Verkehrsknotenpunkten, z.B. an Schnellbahnhaltestellen. Zur Identifikation von Nachfrageschwerpunkten sowie hinsichtlich Fragen zur Dimensionierung und Gestaltung von Abstellflächen für E-Scooter haben bereits Gespräche mit der BVM stattgefunden. Wesentliche Kriterien für die Standortfindung sind die Nachfrage nach E-Scootern, das Konfliktpotenzial mit anderen Verkehrsteilnehmenden und Flächennutzungen sowie die Platzverfügbarkeit. Die BVM nimmt auf der Basis vorliegender Standortdaten von E-Scootern Analysen für die Standortfindung vor, die allen Bezirksämtern vorliegen.

Erste zehn so genannte Hot-Spots, Abstellorte mit besonders hohem E-Scooter-Aufkommen, wurden bereits an die zuständigen Stellen im Bezirksamt Eimsbüttel gemeldet. Problem-Hot-Spots in Eidelstedt (AKN Eidelstedt, Eidelstedter Platz, S Elbgaustraße) inkl. Abstellflächenvorschlägen wurden dem BA Eimsbüttel zugeschickt. Die Hauptabstellorte von Sharing-E-Scootern an der Schnellbahnhaltestelle Schlump wird die BVM den Fachdienststellen zusenden, damit das Bezirksamt Eimsbüttel dort geeignete Standorte für Abstellflächen ermitteln kann.

Die Verantwortlichkeit für den Bedarf und die bauliche Umsetzung von Abstellflächen obliegt allerdings den jeweiligen Bezirksämtern selbst.

Um die Bezirksämter zu unterstützen, hat die BVM ergänzend die Hamburger Hochbahn AG mit dem Ausbau von Abstellflächen für Sharing-Mikromobilität (E-Scooter, E-Bikes und E-Mopeds) beauftragt. Im Rahmen von hvv switch wird hierbei ein netzbasierter Ansatz von mehreren Abstellflächen in einem zuvor festgelegten Raum verfolgt. Die angedachten Netze von Abstellflächen helfen bei einem reibungsloseren und langfristig erfolgreichen Management der Elektrokleinstfahrzeuge in den Stadteilen. Dies ist in anderen Städten, z.B. München oder Düsseldorf, gut ersichtlich. Nutzer:innen werden klar geführt, was sich langfristig auf ein positives Abstellverhalten auswirkt. Für Einzelstandorte wie z.B. Schnellbahnhaltestellen obliegt die Umsetzung dem Bezirk selbst, da hier die HOCHBAHN nicht tätig wird.

An einzelnen Schnellbahnhaltestellen könnten erste digitale Abstellpunkte, die nach Rücksprache mit den Sharing-Anbietern in deren Verleih-Apps ausgewiesen werden, für eine Bündelung der E-Scooter-Abstellungen sorgen. Außerhalb dieser in den Apps hinterlegten so genannten digitalen Abstellpunkten wird die Rückgabe via GPS technisch blockiert. Sofern sich diese etablieren, könnten die digitalen Abstellempfehlungen vom Bezirksamt Eimsbüttel als baulich abmarkiert und als E-Scooter-Abstellflächen verstetigt werden.

Darüber hinaus hat die BVM u.a. zu den Drs. 21-2239, 21-3374 und 21-3375 Stellung genommen.

Petitum/Beschluss:
Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Anlage/n:
keine

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Bezirksversammlung

- öffentlich -

Antrag SPD-Fraktion	Drucksachen–Nr.: **22-1009** Datum: 13.05.2025

Beratungsfolge			
	Gremium		**Datum**
	Bezirksversammlung	Entscheidung	22.05.2025
	Mobilität	Vorberatung	04.06.2025
	Mobilität	Vorberatung	02.07.2025
	Mobilität	Vorberatung	10.09.2025
	Mobilität	Vorberatung	01.10.2025
	Mobilität	Vorberatung	05.11.2025
	Mobilität	Vorberatung	03.12.2025

Parkausweise für Handwerksbetriebe, Sanitätshäuser und Pflegedienste

Sachverhalt:
Beim Bewohnerparken erscheint eine Optimierung für Handwerksbetriebe, Sanitätshäuser und Pflegedienste notwendig. Tagsüber sind die Bewohnerbereiche durch das Bewohnerparken mehr entlastet. Dennoch finden die oben genannten Dienstleister oftmals keinen Parkplatz oder zahlen dafür teuer. Wobei die Kosten dabei an die Kunden/Patienten weitergegeben werden. Bisher gab es für die oben genannten Dienstleister nur eine Ausnahmegenehmigung für einzelne Zonen, die beantragt werden kann.

Allerdings müssen auch handwerkliche Versorgung/ Dienstleistungen gewährleitet werden und nicht anhand von fehlendem und zu teurem Parkraum scheitert.

Der Koalitionsvertrag der Bürgerschaft in der 23. Legislaturperiode sieht vor, dass die VIATO Parken App weiter ausgebaut wird, um Handwerksbetrieben sowie Beschäftigten im Schichtdienst den Zugang zu Parkgenehmigungen in Bewohnerparkzonen zu erleichtern.

Petitum:
1. Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten,
    a. sich bei der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (BVM) dafür einzusetzen, dass Handwerksbetriebe, Sanitätshäuser und ambulante Pflegedienste und ähnliche Betriebe über die VIATO Parken App unkompliziert einen Parkausweis für Firmenwagen erhalten können, gültig für mehr als eine Parkzone – beispielsweise alle Parkzonen im Bezirk Eimsbüttel – zum selben Preis wie der

Parkausweis für Anwohnende,

b. eine entsprechende Lösung auch für die Beschäftigten, die darauf angewiesen sind, beispielsweise der Daseinsvorsorge, insbesondere mit besonders gelegenen Arbeitszeiten, in Bezug auf die jeweils nötige Parkzone zu finden.

2. Der Erhalt des Parkausweises soll in die bestehenden Strukturen des Serviceportals zur „Beantragung und Verlängerung eines Parkausweises“ eingegliedert werden und muss selbstständig beantragt werden.

Alica Huntemann, Roland Oehlmann und SPD-Fraktion

Anlage/n:
keine

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Bezirksversammlung

- öffentlich -

Antrag SPD-Fraktion	Drucksachen–Nr.: **22-1138** Datum: 17.06.2025

Beratungsfolge			
	Gremium		**Datum**
	Bezirksversammlung	Entscheidung	26.06.2025
	Mobilität	Vorberatung	02.07.2025
	Mobilität	Vorberatung	10.09.2025
	Mobilität	Vorberatung	01.10.2025
	Mobilität	Vorberatung	05.11.2025
	Mobilität	Vorberatung	03.12.2025

Besseres Miteinander von Rad- und Fußverkehr an der Hoheluftbrücke

Sachverhalt:
Der Verkehrsknoten Hoheluftbrücke ist ein stark frequentierter Bereich mit einem hohen Verkehrsaufkommen unterschiedlicher Verkehrsteilnehmer:innen. Neben dem motorisierten Individualverkehr prägen insbesondere die M5-Haltestelle und der U-Bahnhof – mit entsprechend hohem Fußgänger:innenaufkommen – sowie der Beginn des Radwegs entlang des Isebekkanals das Verkehrsgeschehen. Die komplexen und sich kreuzenden Verkehrsströme führen immer wieder zu gefährlichen Konfliktsituationen.
Besonders problematisch ist die Situation für Fußgänger:innen, die den Grindelberg von Westen nach Osten überqueren möchten. Dabei müssen sie zuvor den auf dem Gehweg geführten Radweg kreuzen [siehe Visualisierung, Punkt 1] – ein Bereich, an dem es regelmäßig zu kritischen Situationen kommt, auch weil vielen offenbar nicht klar ist, wer dort Vorrang hat.
Die örtlichen Gegebenheiten würden es jedoch ermöglichen, den Radweg bereits vor der Ampel mit einem leichten Linksschwenk aus dem Gehwegverlauf auszufädeln und auf Fahrbahnniveau abgesenkt als Radfahrstreifen weiterzuführen. Falls möglich sollte diese Verschwenkung bereits im Bereich der dortigen Haltebucht erfolgen [Visualisierung Punkt 2], andernfalls direkt danach. Der bauliche Aufwand für diese Maßnahme wäre voraussichtlich überschaubar.
Mit dieser Führung würde der Radverkehr in die Ampelregelung des Kfz-Verkehrs integriert, wobei eine separate Fahrradampel die jeweiligen Signalphasen anzeigen sollte. Fußgänger:innen müssten bei Grün dann in der Regel nicht mehr mit querendem Radverkehr rechnen – anders als bislang.
Zudem läge der Wartebereich für zu Fuß Gehende damit nicht mehr zwischen Fahrbahn und Radweg, sondern vorgelagert zur Fahrbahn. Auch dies würde die Übersichtlichkeit erhöhen und potenzielle Konflikte zwischen Fuß- und Radverkehr deutlich reduzieren.

Gegebenenfalls müsste im Zuge dieser Neuordnung auch die Verkehrsführung für Radfahrer:innen angepasst werden, die aus nördlicher Richtung kommen und an der beschriebenen Stelle den Grindelberg queren möchten, also nach links abbiegen. Eine mögliche Lösung wäre eine gesonderte Aufstellfläche für Linksabbieger:innen [Visualisierung Punkt 3] – analog zur Radverkehrsführung an der Fußgängerampel am nördlichen S-Bahnausgang Dammtor.
Ein weiterer Problembereich ist der Fußweg zwischen dem Isebekkanal und der Ampelanlage. Hier kommt es regelmäßig zu Konflikten zwischen Radfahrenden und Zufußgehenden, da Radfahrende, die den Radweg am Isebekkanal erreichen oder verlassen, diesen Gehweg mitbenutzen.
Da bauliche Maßnahmen an dieser Stelle nur schwer umsetzbar sind, sollte durch andere geeignete Mittel – etwa Beschilderung, Piktogramme und taktile Elemente – auf eine langsame und rücksichtsvolle Fahrweise hingewirkt werden.
Eine zusätzliche Gefahrenquelle stellt die mitten im Fußgängerbereich platzierte Werbetafel dar [Visualisierung Punkt 4]. Sie beeinträchtigt die Sichtverhältnisse erheblich und sollte daher versetzt oder entfernt werden.

Petitum:
Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, sich bei der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende für eine Überplanung des Verkehrsknotens Hoheluftbrücke (westliche Seite) einzusetzen. Die Bezirksamtsleiterin wird gebeten, dieses Verfahren in den Bereichen zu unterstützen, in denen das Bezirksamt Eimsbüttel zuständig ist.
Dabei sollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt werden:

<u>Radverkehrsführung</u>

1. Der Radweg auf der westlichen Seite des Grindelbergs soll bereits auf Höhe der vorhandenen Haltebucht aus dem Gehwegbereich ausgefädelt und auf Fahrbahnniveau abgesenkt werden [Visualisierung Punkt 2] – andernfalls unmittelbar danach. Ab dort soll er bis zum bestehenden Radfahrstreifen auf Höhe der U-Bahnbrücke durchgängig neben der Fahrbahn verlaufen. Um diese Führung des Radwegs zu ermöglichen, muss die dortige Lichtsignalanlage [Visualisierung Punkt 5] ca. 2 m nach hinten versetzt werden.
2. Für den Radverkehr soll eine eigene Fahrradampel errichtet werden, die für den Geradeausverkehr mit der Kfz-Ampel synchron geschaltet ist.
3. Für den links abbiegenden Radverkehr soll eine Lösung geprüft werden, die sich am Fußgängerüberweg über die Edmund-Siemers-Allee am nördlichen S-Bahnausgang Dammtor orientiert und insbesondere eine eigene Fahrradampel für den Linksabbiegerverkehr (zur Querung des Grindelbergs) und eine entsprechende Wartebucht für den links abbiegenden Radverkehr vorsieht [Visualisierung Punkt 3], um den Geradeausverkehr nicht zu behindern.

<u>Ergänzende Maßnahmen</u>

4. Die im Bereich des Gehwegs befindliche Werbetafel [Visualisierung Punkt 4] soll entfernt oder so versetzt werden, dass sie die Sichtbeziehungen nicht mehr beeinträchtigt.
5. Um den vom Kaiser-Friedrich-Ufer kommenden Radverkehr gezielter zu lenken, sollen entlang der bestehenden Markierung auf der Seite der Litfaßsäule [Visualisierung Punkt 6] weitere Fahrradbügel, auf der gegenüberliegenden (südlichen) Seite [Visualisierung Punkt 7] einzelne verkehrslenkende Elemente wie Sitzbänke, Blumenbeete oder Poller installiert werden.
6. Die Radverbindung zwischen Kaiser-Friedrich-Ufer und dem unter Punkt 1 beschriebenen Radfahrstreifen entlang des Grindelbergs soll durch farbliche Markierungen oder Bodenpiktogramme deutlich als solche kenntlich gemacht werden.

7. Zur Verkehrsberuhigung im unter Punkt 5 genannten Bereich sollen optische oder taktile, psychosensorische Elemente eingesetzt werden, die Radfahrende zu angepasster Geschwindigkeit anregen. Denkbar wären beispielsweise Längsrillen oder strukturierte Oberflächen, die beim Überfahren hör- und spürbare Signale erzeugen. Eine Abfolge mit sich verkürzenden Abständen dieser Elemente könnte durch steigende Reizfrequenz zusätzlich bremsanregend wirken.
8. Ergänzend soll eine – ggf. blinkende – Beschilderung zur Sensibilisierung für die besondere Verkehrssituation angebracht werden, z. B. mit dem Hinweis „Achtung: Fußverkehr“.

Roland Oehlmann, Armita Kazemi, Ina Dinslage, Ralf Meiburg, Kordula Leites, Gabor Gottlieb und SPD-Fraktion

Anlage/n:
Anlage zur Drs. 22-1138 - Visualisierung

Visualisierung

(Quelle: Freie und Hansestadt Hamburg Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung)

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Bezirksversammlung

- öffentlich -

Antrag FDP Fraktion Eimsbüttel	Drucksachen–Nr.: **22-1221** Datum: 02.07.2025

Beratungsfolge			
	Gremium		**Datum**
	Mobilität	Vorberatung	02.07.2025
	Mobilität	Vorberatung	10.09.2025
	Mobilität	Vorberatung	01.10.2025
	Mobilität	Vorberatung	05.11.2025
	Mobilität	Vorberatung	03.12.2025

Besseres Miteinander von Rad- und Fußverkehr an der Hoheluftbrücke
Änderungsantrag zu Drs. 22-1138

Sachverhalt:
s. Drs. 22-1138

Petitum:

1. Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, sich bei der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende dafür einzusetzen, eine Referentin bzw. einen Referenten in eine der nächsten Sitzungen des Mobilitätsausschusses zu entsenden, um die Möglichkeiten darzustellen, wie die Verkehrsführung im Bereich der U-Bahnhaltestelle Hoheluftbrücke verändert werden kann, um die Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer zu erhöhen, ohne hierbei andere Verkehrsteilnehmende zu beeinträchtigen.

2. Die Bezirksamtsleitung wird gebeten, eine Vertreterin bzw. einen Vertreter der Verwaltung(Management des öffentlichen Raums) zur selben Sitzung des Mobilitätsausschusses zu entsenden, um über ergänzende Maßnahmen und Möglichkeiten zu berichten, die im Zuständigkeitsbereich des Bezirksamtes liegen.

Benjamin Schwanke, Christoph Gärtner und FDP-Fraktion

Anlage/n: keine

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Bezirksversammlung

- öffentlich -

Antrag AfD Fraktion Eimsbüttel	Drucksachen–Nr.: **22-1392** Datum: 02.09.2025

Beratungsfolge			
	Gremium		**Datum**
	Mobilität	Vorberatung	10.09.2025
	Mobilität	Vorberatung	01.10.2025
	Mobilität	Vorberatung	05.11.2025
	Mobilität	Vorberatung	03.12.2025

Besseres Miteinander von Rad- und Fußverkehr an der Hoheluftbrücke
Änderungsantrag zu Drs. 22-1138

Sachverhalt:
Wir befürworten eine Neuordnung des Rad- und Fußverkehrs an der Hoheluftbrücke, evtl. auch mit Auswirkungen auf den Autoverkehr und möchten das Blickfeld auf die angrenzenden Kreuzungen bzw. Einmündungen erweitern.

Die besagte Ampelquerung am Grindelberg/Ecke Isestraße wird außer durch Fußgänger u.a. durch Radfahrer mit folgenden Fahrtrichtungen befahren oder gekreuzt.

a) Hoheluftchausee → Grindelberg
b) Grindelberg → Hoheluftchaussee
c) Kaiser-Friedrich-Ufer → Isestraße
d) Isestraße → Kaiser-Friedrich-Ufer
e) Kaiser-Friedrich-Ufer → Ampel Ecke Isestraße → Brücke Ostseite → Lehmweg
f) Kaiser-Friedrich-Ufer → Brücke Westseite → Ampel Ecke Bismarckstraße → Lehmweg
g) Isestraße → Hoheluftchaussee

Durch alternative Verkehrsführungen für einige dieser Relationen könnte man für alle Verkehrsteilnehmer das Konfliktpotential an der Ampelquerung und für die Radfahrer auf der jeweiligen Relation verringern.

Der Geh- und Radweg auf der Westseite der Brücke ist deutlich breiter als auf der Ostseite. Auf der Westseite ist der Radweg sogar in beiden Richtungen freigegeben, auch wenn die Markierung und Beschilderungen hierfür nicht sehr deutlich ist.

Man könnte also entweder durch bessere Markierung die Relation e) durch f) ersetzen, oder aber die Gegenrichtung des Radwegs auf der Westseite aufheben, und den freiwerdenden

Platz bei Neuordnung aller Geh- und Fahrstreifen (einschließlich Auto und Bus) auf die Ostseite verlagern.

Besonders problematisch für Radfahrer ist die Relation c). Als Alternative schlagen wir einen Radwegverlauf zunächst vom Kaiser-Friedrich-Ufer nach rechts Richtung Grindelberg und dann hinter dem U-Bahn-Viadukt nach links in die Isestraße vor, wofür eine neue Ampelanlage an der Ecke Grindelberg/Isestraße und eine für Radfahrer hinreichend breite Lücke in der Barriere auf dem Mittelstreifen Grindelberg nötig wäre.

Radfahrer, die aus der Isestraße nach rechts auf die Hoheluftbrücke einbiegen, geraten nicht nur in Konflikt mit Fußgängern, die an der Ampel warten und dabei oft auf dem Radweg stehen und an der Ampel warten, sondern auch mit Autofahrern, die aus der Isestraße rechts abbiegen, da diese meistens die gesamte Fahrbahn blockieren und den Radfahrern das Rechtsabbiegen unmöglich machen.

Der linke Fahrbahnrand ist an dieser Einmündung künstlich verengt. Durch Umbau ließe sich Platz für einen Radfahrstreifen für Rechtsabbieger schaffen. Auch für die Ostseite der Brücke wäre zu prüfen, ob sich der Radweg vom Gehweg auf die Straße verlegen lässt, um so den Rad- und Fußverkehr klar zu trennen.

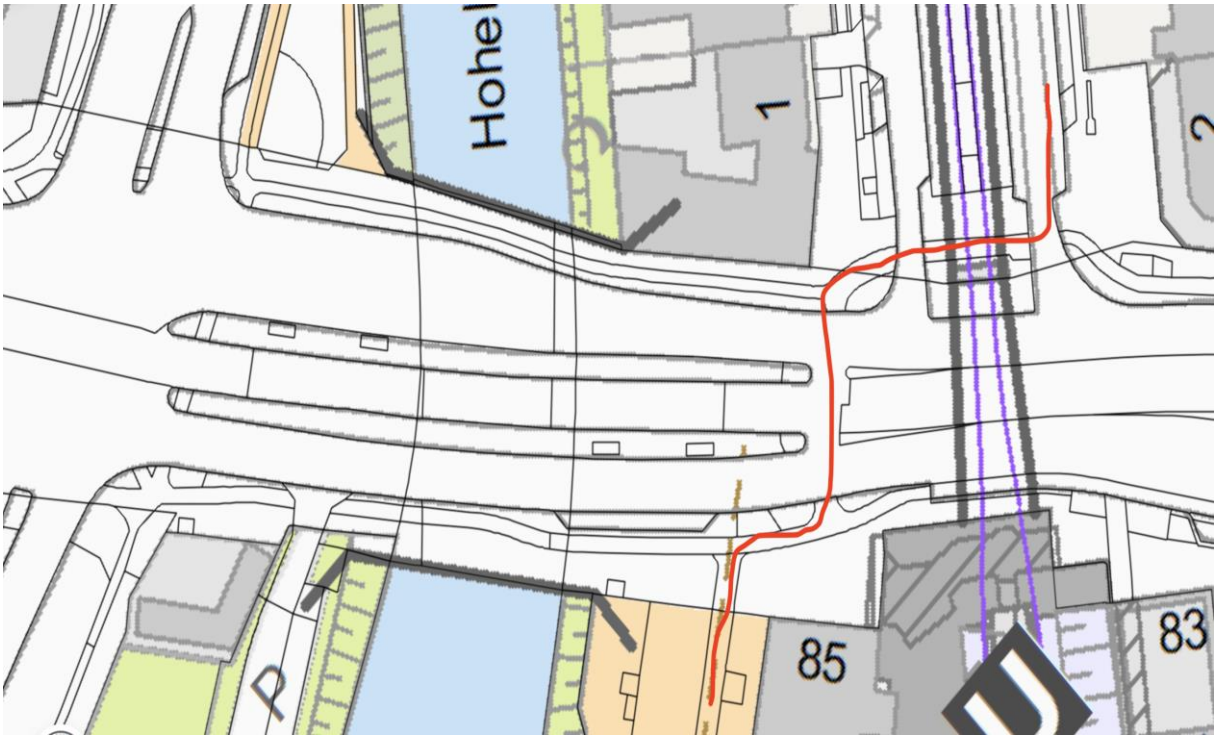
Petitum:

1. Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, sich bei der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende dafür einzusetzen, einen Referenten in eine der nächsten Sitzungen des Mobilitätsausschusses zu entsenden, um die Möglichkeiten darzustellen, wie die Verkehrsführung im Bereich der U-Bahnhaltestelle Hoheluftbrücke einschließlich der Einmündung Isestraße und der Kreuzung Bismarckstraße/Lehmweg verändert werden kann, um die Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer zu erhöhen, ohne hierbei andere Verkehrsteilnehmer zu beeinträchtigen.

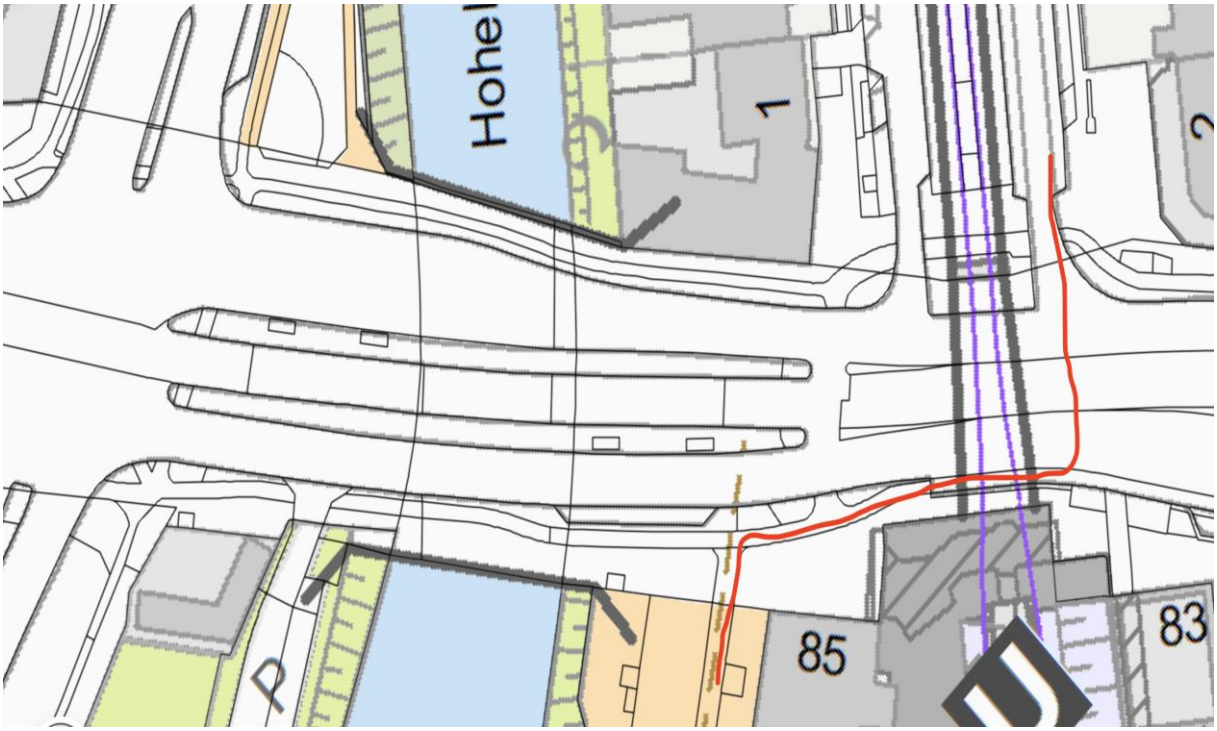
2. Die Bezirksamtsleitung wird gebeten, einen Vertreter der Verwaltung (Management des öffentlichen Raums) zur selben Sitzung des Mobilitätsausschusses zu entsenden, um über ergänzende Maßnahmen und Möglichkeiten zu berichten, die im Zuständigkeitsbereich des Bezirksamtes liegen.

Harald Wellmann, John Lorenz und AfD-Fraktion

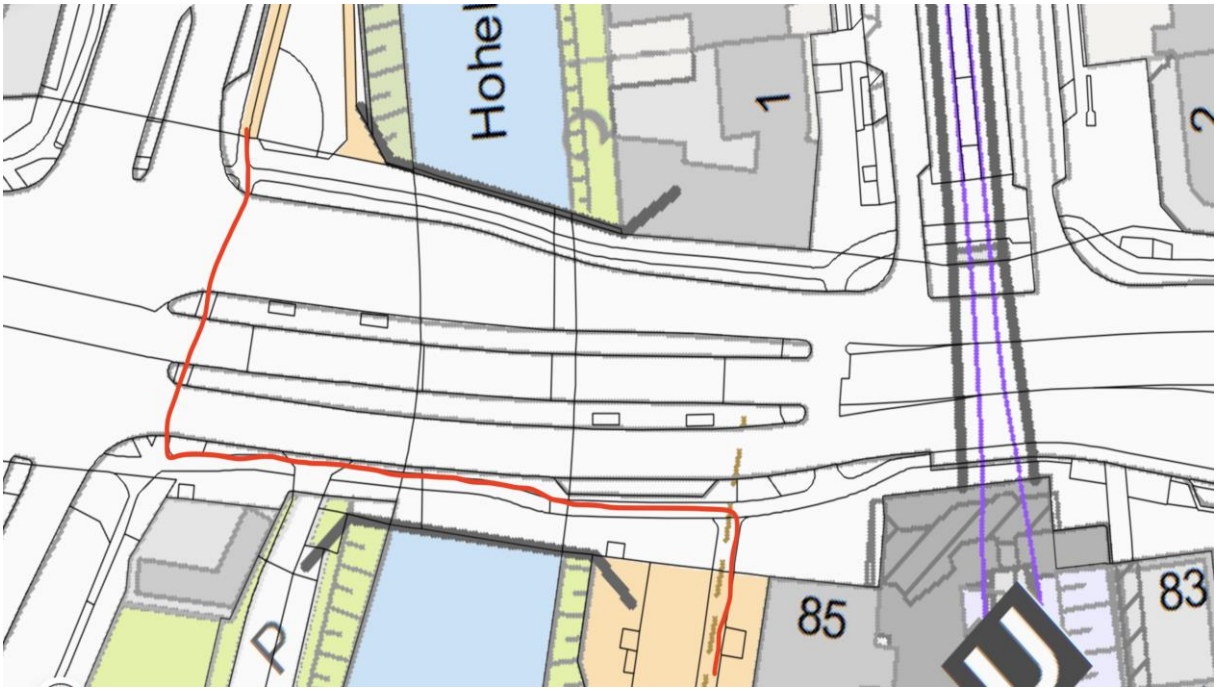
Anlage/n:
Kartenausschnitte Hoheluftbrücke



KaiFU – Isestraße



KaiFU – Isestraße neu



KaiFU - Lehmweg

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Bezirksversammlung

- öffentlich -

Antrag GRÜNE-Fraktion	Drucksachen–Nr.: **22-1385** Datum: 01.09.2025

Beratungsfolge			
	Gremium		**Datum**
	Kerngebietsausschuss	Vorberatung	08.09.2025
	Mobilität	Vorberatung	10.09.2025
	Mobilität	Vorberatung	01.10.2025
	Mobilität	Vorberatung	05.11.2025
	Mobilität	Vorberatung	03.12.2025

Verkehrssicherheit am Knotenpunkt Dammtor verbessern

Sachverhalt:
Der Theodor-Heuss-Platz am Dammtorbahnhof ist seit Jahren eine der unfallträchtigsten Kreuzungen Hamburgs. Allein 2024 kam es dort zu mehreren schweren Zwischenfällen: verbotene Wendemanöver zwangen Metrobusse zu Vollbremsungen, bei denen bis zu 19 Fahrgäste verletzt wurden; wiederholt wurden Fußgänger*innen auf den Busspuren erfasst, zuletzt im Juli 2025. Die Polizei führt den Knoten als Unfallhäufungsstelle; Hauptursachen sind illegale U-Turns von Pkw und Taxis, Bus-/Fußgänger*innen-Konflikte an Ampeln sowie Abbiege- und Auffahrunfälle im dichten Mischverkehr. Um wirksame Maßnahmen diskutieren und priorisieren zu können, benötigt der Ausschuss eine aktuelle Gesamtübersicht zum Unfallgeschehen, zu bisherigen Eingriffen und geplanten Veränderungen.

Petitum:

1. Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, in eine der nächsten Sitzungen des *Mobilitätsausschusses (AM)* zuständige Fachvertreter*innen
   a. der zuständigen Unfallkommission sowie
   b. der Hamburger Hochbahn AG bzw. des HVV (Betreiber der Metrobuslinien 4 und 5) einzuladen.
2. Die Bezirksamtsleitung wird gebeten, in eine der nächsten Sitzungen des *Mobilitätsausschusses (AM)* eine*n zuständige*n Fachvertreter*in des Fachamts Management des öffentlichen Raumes (MR) einzuladen.

Die Referent*innen sollen

a. die Unfalllage am Theodor-Heuss-Platz vor dem Dammtorbahnhof der vergangenen fünf Jahre darstellen,
b. Hauptursachen und typische Konfliktszenarien erläutern,
c. den Stand laufender oder geplanter Maßnahmen (z.B. bauliche Wendesperren, Signal- oder Spuranpassungen) schildern und
d. mögliche weitere Schritte zur Verbesserung der Verkehrssicherheit – insbesondere für Busfahrgäste, Fuß- und Radverkehr – mit dem Ausschuss erörtern.

Luise Rosemeier und GRÜNE-Fraktion

Anlage/n:
keine

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Bezirksversammlung

- öffentlich -

Antrag SPD-Fraktion	Drucksachen–Nr.: **22-1409** Datum: 09.09.2025

Beratungsfolge			
	Gremium		**Datum**
	Bezirksversammlung	Entscheidung	25.09.2025
	Mobilität	Vorberatung	01.10.2025
	Mobilität	Vorberatung	05.11.2025
	Mobilität	Vorberatung	03.12.2025

Rollstuhlsymbole an Ampeln im öffentlichen Raum Eimsbüttels

Sachverhalt:
In der Stadt München sollen künftig Ampelsymbole mit Rollstuhlfahrenden an ausgewählten Kreuzungen der Innenstadt eingeführt werden. Ziel ist es, die Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung im öffentlichen Raum zu erhöhen und einen sichtbaren Beitrag zu inklusiver Mobilität zu leisten. Die Symbole dienen dabei nicht nur der Orientierung, sondern auch der bewussten Repräsentation und gesellschaftlichen Wahrnehmung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen im Alltag.

Auch im Bezirk Eimsbüttel ist der Aufbau einer barrierefreien und inklusiven Infrastruktur ein zentrales Anliegen. Die Einführung entsprechender Ampelsymbole kann hier ein wirkungsvolles Zeichen setzen: Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die Herausforderungen mobilitätseingeschränkter Menschen im Straßenverkehr, stärkt deren Sichtbarkeit und unterstreicht das gesellschaftliche Ziel gleichberechtigter Teilhabe. Besonders an stark frequentierten Kreuzungen kann so ein wichtiger Impuls für mehr Inklusion im öffentlichen Raum gesetzt werden.

Petitum:
1. Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, sich gemeinsam mit dem Inklusionsbeirat bei der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (BVM) dafür einzusetzen, dass
   a. geprüft wird, ob an der Kreuzung „Beim Schlump/ Grindelallee/ Grindelberg/ Hallerstraße“ als Pilotstandort die Einführung inklusiver Ampelsymbole mit Rollstuhlsymbolen möglich ist und dies ggf. entsprechend umzusetzen,
   b. ggf. andere Standorte im Rahmen künftiger Verkehrsmaßnahmen mit solchen Symbolen ausgestattet werden.
2. Über die Ergebnisse der Prüfung sowie das weitere Vorgehen soll im Ausschuss für Mobilität berichtet werden.

Armita Kazemi und SPD-Fraktion

Anlage/n:
keine

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Bezirksversammlung

- öffentlich -

Antrag SPD-Fraktion	Drucksachen–Nr.: **22-1410** Datum: 09.09.2025

Beratungsfolge			
	Gremium		**Datum**
	Bezirksversammlung	Entscheidung	25.09.2025
	Mobilität	Vorberatung	01.10.2025
	Mobilität	Vorberatung	05.11.2025
	Mobilität	Vorberatung	03.12.2025

Zulassung des Verkehrszeichens "Bei Rot hier halten" auch außerhalb von Baustellen – insbesondere an sicherheitsrelevanten Knotenpunkten

Sachverhalt:
Mit Drucksache 22-1248 hat die Bezirksversammlung Eimsbüttel Maßnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherung an der Kreuzung Wogenmannsburg/Halstenbeker Straße beschlossen.
Ein Bestandteil dieser Maßnahmen war der Vorschlag, die Haltelinie für den motorisierten Verkehr aus Fahrtrichtung Eidelstedt kommend vor der Fußgänger-Lichtsignalanlage (FLSA) zurückzuverlegen und durch das Verkehrszeichen 1012-35 „Bei Rot hier halten“ zu ergänzen, um Blockierungen der Einmündung zur Julius-Leber-Schule zu vermeiden und die Sicherheit für Radfahrende und querende Schüler:innen zu erhöhen.
In ihrer Stellungnahme führte die zentrale Straßenverkehrsbehörde (VD 5) aus, dass der Einsatz des Verkehrszeichens in Hamburg aufgrund einer internen Vorgabe der obersten Landesbehörde ausschließlich im Zusammenhang mit Baustellen erfolgt, wenn Markierungen aufgrund von Wetterlagen nicht aufgebracht werden können.

Die Straßenverkehrsordnung (StVO) sieht jedoch den Einsatz des Verkehrszeichens auch im Regelbetrieb vor, und in anderen Bundesländern wird es erfolgreich an sicherheitsrelevanten Knotenpunkten verwendet.
An der Kreuzung Oldesloer Straße/Königskinderweg oder Heidlohstraße/Sellhopsweg werden bereits Hinweisschilder genutzt. Diese Maßnahme ist als äußerst positiv zu bewerten und so wird die Verkehrssicherheit für alle Teilnehmer:innen gesteigert.
Gerade an Schulwegen könnte dieses Zeichen einen wirksamen Beitrag leisten, um Gefährdungen zu reduzieren und den Verkehrsfluss geordnet zu halten.

Petitum:
Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, die Behörde für Inneres und Sport zu bitten,

1. die interne Anwendungsvorgabe zur Verwendung des Verkehrszeichens 1012-35 („Bei Rot hier halten“) dahingehend zu ändern, dass dieses auch außerhalb von Baustellen, insbesondere an sicherheitsrelevanten Knotenpunkten, zum Einsatz kommen kann,

2. zu prüfen,
   a) welche Anwendungsfälle im Umfeld von Schulen, Kindertagesstätten oder stark frequentierten Querungsstellen in Eimsbüttel in Frage kommen,
   b) welche rechtlichen, verkehrstechnischen und organisatorischen Voraussetzungen erfüllt sein müssen,
   c) welche Verfahren zur Beantragung und Genehmigung durch die zuständigen Straßenverkehrsbehörden notwendig sind.

Das Ergebnis der Prüfung sowie ein Zeitplan für eine mögliche Umsetzung sollen in einer Sitzung des Mobilitätsausschusses vorgestellt werden.

Nadine Regling-Armi und SPD-Fraktion

Anlage/n:
keine

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Bezirksversammlung

- öffentlich -

Antrag FDP Fraktion Eimsbüttel	Drucksachen–Nr.: **22-1489** Datum: 06.10.2025

Beratungsfolge			
	Gremium		**Datum**
	Bezirksversammlung	Entscheidung	16.10.2025
	Mobilität	Vorberatung	05.11.2025
	Mobilität	Vorberatung	03.12.2025

Polizeiliche Verkehrserziehung durch ehrenamtliche Hilfskräfte unterstützen

Sachverhalt:

Die polizeiliche Verkehrserziehung ist ein wichtiger Bestandteil im Hamburger Schulsystem um die Schülerinnen und Schüler zu einer sicheren und selbständigen Teilnahme am Straßenverkehr zu befähigen.

Die Behörde für Inneres und Sport hat im Rahmen der Großen Anfrage Nr. 48 nach § 27 BezVG mitgeteilt, dass von den 77 Dauerdienstposten bei der polizeilichen Verkehrserziehung nur 61 besetzt seien. Perspektivisch werde es zu keiner Vollbesetzung bei den Polizeilehrkräften kommen. Hierdurch könne nicht ausgeschlossen werden, dass die Qualität der Verkehrserziehung leiden wird und die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler im Straßenverkehr gefährdet sei.

Vor diesem Hintergrund ist es geboten, Lösungen zu finden, wie das fehlende Personal kompensiert werden kann. Bis zu einer dauerhaften Lösung, ist eine Möglichkeit durch ehrenamtlich Tätige eine Kompensation zu schaffen.

Petitum/Beschluss:

Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, sich bei der Behörde für Inneres und Sport dafür einzusetzen,

1. zu prüfen, ob auf ehrenamtlicher Basis qualifizierte Personen, z. B. Pensionierte Polizei- oder Lehrkräfte, die polizeiliche Verkehrserziehung unterstützen können, um den bestehenden Personalmangel zu kompensieren.

2. Soweit die Prüfung unter Ziffer 1 positiv ausfällt, wird die Behörde für Inneres und Sport gebeten, entsprechende qualifizierte Personen anzusprechen und durch eine entsprechende Werbe- und Motivationskampagne weitere qualifizierte Personen

anzuwerben.

3. Über das Prüfergebnis sowie die weiteren Maßnahmen soll dem Mobilitätsausschuss regelmäßig berichtet werden.

Benjamin Schwanke, Camilla Joyce-Thiele, Lea Fricke (FDP) und FDP Fraktion Eimsbüttel

Anlage/n:
keine